

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Marianne Schieder (Schwandorf), Frank Hofmann (Volkach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/10646 –**

### **Konsum kristalliner Methamphetamine durch Prävention eindämmen – Neue synthetische Drogen europaweit effizienter bekämpfen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller stellen fest, dass der Konsum von psychoaktiven, zumeist synthetischen Drogen ein immer größer werdendes Problem darstelle und sowohl die Zahl der neu auf den Markt kommenden synthetischen Drogen als auch die Zahl der davon abhängigen Konsumenten steige. Im Jahr 2010 sei mit 41 neuen psychoaktiven Substanzen ein Drittel aller seit 2005 festgestellten synthetischen Drogen gemeldet worden. Eine besonders gefährliche synthetische Droge sei „Crystal“, ein kristallines Methamphetamin, das ein extrem hohes Suchtpotential habe. „Crystal“ werde zumeist in illegalen Laboren in Tschechien hergestellt und derzeit hauptsächlich im deutsch-tschechischen Grenzgebiet konsumiert.

#### **B. Lösung**

Die Antragsteller fordern, dass die Produktion und Verbreitung von synthetischen Drogen und insbesondere von kristallinen Methamphetaminen wie „Crystal“ europaweit durch konzertierte Maßnahmen stärker bekämpft werden müsse. Darüber hinaus müsse ein Drogenpräventionskonzept erarbeitet werden und die besonders betroffenen Länder Bayern, Sachsen und Thüringen müssten in der Schulsozialarbeit die Drogenprävention fokussieren. Wichtig sei auch, dass im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet die Bundespolizei nicht durch Personalmangel geschwächt werde.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/10646 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Gesundheit**

**Dr. Carola Reimann**  
Vorsitzende

**Karin Maag**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Karin Maag

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der SPD auf **Drucksache 17/10646** in seiner 198. Sitzung am 18. Oktober 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller stellen fest, dass der Konsum von psychoaktiven, zumeist synthetischen Drogen ein immer größer werdendes Problem darstelle und sowohl die Zahl der neu auf den Markt kommenden synthetischen Drogen als auch die Zahl der davon abhängigen Konsumenten steige. 2010 sei mit 41 neuen psychoaktiven Substanzen ein Drittel aller seit 2005 festgestellten synthetischen Drogen gemeldet worden. Synthetische Drogen würden unter den Namen „Legal Highs“ oder „Spice“ zusammengefasst, wodurch die Gefährlichkeit der psychoaktiven Drogen verharmlost werde. Die als Kräutermischungen oder Badesalze gehandelten Substanzen enthielten zumeist völlig neue bzw. unbekannte Inhaltsstoffe, die ein sehr hohes Suchtpotential hätten und die Nervenzellen in kurzer Zeit stark schädigten. Eine besonders gefährliche synthetische Droge sei „Crystal“, ein kristallines Methamphetamin. „Crystal“ habe ein extrem hohes Suchtpotential und mit 163,7 Prozent innerhalb eines Jahres auch eine der höchsten Steigerungsraten bei den Konsumenten. Die Schädigungen durch kristalline Methamphetamine seien folgenschwerer als z. B. bei Heroin. Bei der Herstellung synthetischer Drogen würden unter das Betäubungsmittelgesetz fallende Substanzen so in ihrer chemischen Struktur verändert, dass die entstehende neue Droge zunächst nicht mehr verboten sei. „Crystal“ werde zumeist in illegalen Laboren in Tschechien hergestellt und derzeit hauptsächlich im deutsch-tschechischen Grenzgebiet konsumiert.

Die Antragsteller fordern, dass die Verbreitung von synthetischen Drogen und insbesondere von kristallinen Methamphetaminen wie „Crystal“ stärker bekämpft werden müsse. Die von der EU geplanten Legislativvorschläge müssten zügig geprüft und umgesetzt werden. Gleichzeitig müssten die EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Tschechien, sowie Russland mit konzertierten Maßnahmen die illegale Drogenproduktion und -verteilung bekämpfen. Darüber hinaus müsse ein integriertes, kohärentes und zielgruppenspezifisches Drogenpräventionskonzept mit einem entsprechenden Setting-Ansatz entwickelt werden. Gemeinsam mit den in Deutschland besonders betroffenen Ländern Bayern, Sachsen und Thüringen müsse ein Programm erarbeitet werden, das bei der Schulsozialarbeit die Drogenprävention fokussiere. Parallel müsse die Forschung für eine zielgruppenspezifische Prävention gestärkt werden. Wichtig sei auch, dass im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet die Bundespolizei nicht durch Personalmangel geschwächt werde.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 111. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/10646 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 92. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/10646 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 93. Sitzung am 12. Dezember 2012 die Beratungen zum Antrag auf Drucksache 17/10646 aufgenommen und beschlossen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung hat in der 105. Sitzung am 17. April 2013 stattgefunden. Als sachverständige Organisationen waren eingeladen: Bundesärztekammer (BÄK), Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit e. V., Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI), Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (akzept e. V.), Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Centre for Drug Research (CDR), Deutsche AIDS-Hilfe, Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (DBDD), Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin e. V. (DGS), Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS), Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ), Deutscher Caritasverband e. V., Deutscher Hanfverband (DHV), Drug Policy Alliance, Fachverband Drogen- und Suchthilfe e. V. (fdr), Fachverband Sucht e. V. (FVS), Gewerkschaft der Polizei (GdP), Institut für empirische und interdisziplinäre Drogenforschung (INEIDFO), Institut für Therapieforchung (IFT), Landeskriminalamt Brandenburg, Law Enforcement Against Prohibition (LEAP), Need NO Speed, Schildower Kreis, Transform Drug Policy Foundation (TDPF). Als Einzelsachverständige waren eingeladen: Ethan A. Nadelmann, Jörn Patzak, Dr. med. Roland Härtel-Petri, Lutz Preisler, Prof. Dr. med. Rainer Thomasius und Dr. phil. Bernd Wese. Auf das Wortprotokoll und die als Ausschussdrucksachen verteilten Stellungnahmen der Sachverständigen wird Bezug genommen.

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 116. Sitzung am 12. Juni 2013 die Beratungen zum Antrag auf Drucksache 17/10646 fortgesetzt und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der

Fraktion der SPD, den Antrag auf Drucksache 17/10646 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bestätigte, dass die Bekämpfung von Handel und Konsum kristalliner Methamphetamine ein wichtiges Thema sei. Die öffentliche Anhörung habe bestätigt, dass die Bundespolizei bei der Bekämpfung des Methamphetaminhandels sehr gut organisiert sei. Auch seien die besonders betroffenen Länder hinsichtlich ihrer Präventionsarbeit sehr gut vernetzt und die Zusammenarbeit untereinander funktioniere ebenfalls. Hier bestehe kein akuter Handlungsbedarf. Zudem habe die Bundesregierung gemeinsam mit der Drogenbeauftragten bereits zielgruppenspezifische Programme, die auch Methamphetamine umfassten, aufgelegt. Für weitere gesetzliche Maßnahmen müsse zunächst das Ergebnis des vom BMG in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens abgewartet werden. Darin werde geprüft, ob Stoffgruppen anstelle von Einzelsubstanzen in das Betäubungsmittelgesetz aufgenommen werden könnten. Wenn dies der Fall sei, würden entsprechende rechtliche Maßnahmen ergriffen. Aus den genannten Gründen lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass auch sie den Antrag ablehnen werde, da die unterschiedlichen Probleme kaum differenziert dargestellt würden. Die Anhörung habe aufgrund der Vermischung der Themen Cannabis und synthetische Drogen keine neuen Erkenntnisse gebracht. Um die neuen psychoaktiven Substanzen effektiver bekämpfen zu können, habe das BMG ein Rechtsgutachten beauftragt, in dem geprüft werde, ob die Einbeziehung ganzer Stoffgruppen in das Betäubungsmittelgesetz, statt wie bisher einzelner Substanzen, rechtlich möglich sei. Im Übrigen habe die EU-Kommission bisher noch keine eigenen Legislativvorschläge vorgelegt. Man werde dieses Vorhaben aber weiter befördern.

Die **Fraktion der SPD** erläuterte, Drogen wie kristalline Methamphetamin hätten derzeit die höchsten Konsumsteigerungsraten. Hiervon sei am stärksten, aber nicht nur, der Grenzbereich zu Tschechien betroffen. Um die Produktion und Verbreitung sämtlicher neuer Substanzen effektiv bekämpfen zu können, müssten die EU-Legislativvorschläge zügig geprüft sowie europaweite Maßnahmen ergriffen werden, wobei Tschechien und Russland besonders eingebunden werden müssten. In Kooperation mit europäischen Institutionen müsse durch Aufklärungsarbeit der massiven Verbreitung kristalliner Methamphetamine entgegengewirkt werden. Wichtig seien dabei auch eine engere Zusammenarbeit der betroffenen Länder bei der Schulsozialarbeit und ein gezielterer Einsatz der Bundespolizei. Ergänzend müsse der Forschungsbereich das Konsumverhalten stärker fokussieren, um die Zielgruppen besser definieren zu können.

Die **Fraktion DIE LINKE** wies darauf hin, dass der Antrag nicht konkret formuliert sei und Vieles vermische oder fachlich falsch zusammenfasse. So würden beispielsweise die synthetischen Substanzen nicht bzw. nicht korrekt unterschieden. Auch den Schwerpunkt auf die synthetische Droge „Crystal“ zu legen, sei falsch. Zudem entsprächen die geforderten Maßnahmen einem überholten drogenpolitischen Denken. Die einzig sinnvolle und unterstützenswerte Forderung sei, die Forschung im Bereich der synthetischen Drogen zu verstärken. Insgesamt werde man den Antrag allerdings ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass der Antrag die so genannten Legal Highs und Chrystal Meth unzulässig vermische. Etliche im Antrag aufgestellte Behauptungen seien wissenschaftlich nicht haltbar. Die Fraktion lehne überdies den Ansatz ab, die Konsumenten dieser Substanzen zu kriminalisieren. Kritikwürdig sei auch, dass die Präventionsmaßnahmen unkonkret seien und die drogenpolitische Säule Harm Reduction (Schadensminderung) komplett fehle. Daher lehne man den Antrag ab.

Berlin, den 12. Juni 2013

**Karin Maag**  
Berichterstatlerin





